

## Fiskus hält sich zurück

Kapital- und Zinserträge werden in den meisten Industrienationen deutlich niedriger besteuert als andere Einkunftsarten. Denn das „scheue Reh“ Kapital reagiert schnell auf niedrigere Steuersätze in anderen Ländern – entsprechend zügig verlagern Investoren ihre finanziellen Engagements. Um dem entgegenzuwirken, hat beispielsweise der deutsche Gesetzgeber im Jahr 2009 eine Abgeltungssteuer eingeführt. Durch sie unterliegen Kapitalerträge aus Privatvermögen nicht länger dem progressiven Einkommenssteuertarif, sondern werden mit 25 Prozent plus Solida-

ritätszuschlag pauschal besteuert. Bulgarien hat dieses Steuersystem besonders konsequent umgesetzt – dort sind Zinseinkünfte komplett steuerfrei. Vom globalen Trend gibt es aber auch gewichtige Ausnahmen: In den angelsächsischen Ländern, der Schweiz und in einigen osteuropäischen Staaten sind die Steuersätze auf Zinsen und Arbeitseinkommen gleich hoch. Weil man dort der Meinung ist, dass sich die Bürger in diesen Staaten für ihr Arbeitsentgelt mehr anstrengen müssen, wird dieses nicht stärker besteuert als Kapitalerträge.

## In dieser Woche

**Kaufkraft:** Die Kaufkraft der Nettoverdienste ist in den vergangenen 50 Jahren enorm gestiegen. Ein westdeutscher Arbeitnehmer muss heute nur noch ein Drittel so lange arbeiten wie 1960, um den gleichen Warenkorb erwerben zu können. Seite 2

**Bildung & Ausbildung:** Schon seit langem arbeiten Bildungspolitiker daran, das Durchschnittsalter der Absolventen zu senken. Dennoch starten die meisten Jugendlichen nach wie vor recht spät ins Berufsleben. Nur die Hochschulabsolventen werden dank der Bologna-Reform allmählich jünger. Seite 3

**Konjunktur:** Ungeachtet der Turbulenzen in der Europäischen Währungsunion stehen die Zeichen in vielen Regionen der Welt wieder auf Aufschwung. Daher wird der Prognose des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln zufolge das reale Bruttoinlandsprodukt in Deutschland in diesem Jahr um 1<sup>3</sup>/<sub>4</sub> Prozent wachsen. Für 2011 ist sogar ein Plus von gut 2 Prozent zu erwarten. Seite 4-5

**Integration:** Migranten in Deutschland haben ein geringeres Bildungsniveau als Nichtmigranten und sind häufiger arbeitslos. Auch ihre Kinder schneiden in der Schule meist schlechter ab. Gelänge es, diese Unterschiede zumindest zu halbieren, nähme der Staat mehr Steuern ein und würde das Wirtschaftswachstum steigen. Seite 6-7

**Katastrophenanleihen:** Mit diesem relativ neuen Finanzmarktinstrument lassen sich finanzielle Schäden nach Naturkatastrophen besser regulieren und deshalb im Vorfeld besser versichern. Die sogenannten Cat Bonds sind sogar relativ ungeschoren durch die Finanzkrise gekommen. Seite 8

## Zinsbesteuerung: Kapital meist schonend behandelt

Spitzensteuersatz im Jahr 2009 in Prozent

EU-Staaten	auf Zinsen	auf Arbeitseinkommen
Dänemark	59	59
Vereinigtes Königreich	40	40
Schweden	30	56,6
Finnland	28	49,1
Italien	27	44,2
Deutschland	26,4	47,9
Österreich	25	50
Irland	25	47
Portugal	20	42
Polen	19	32
Frankreich	18	45,8
Spanien	18	43
Belgien	15	53
Griechenland	10	40
Luxemburg	10	39
Bulgarien	0	10
Andere Staaten	auf Zinsen	auf Arbeitseinkommen
USA	43,2	43,2
Schweiz	40	40
Japan	20	50

Länderauswahl; Deutschland: Abgeltungssteuer auf Zinsen einschließlich Solidaritätszuschlag; USA: Stadt und Staat New York; Schweiz: Zürich; Quelle: Bundesministerium der Finanzen

## Kaufkraft

## Acht Minuten für zehn Eier

**Ob Amaranth-Müsli oder Zahnpasta für Allergiker: Die Warenwelt ist in den vergangenen 50 Jahren nicht nur deutlich bunter geworden, wir können uns im Schnitt auch mehr leisten als früher. Denn die Kaufkraft der Nettoverdienste ist seit den frühen Wirtschaftswunderjahren enorm gestiegen. Im Schnitt muss man heute nur ein Drittel so lange arbeiten, um den gleichen Warenkorb erwerben zu können wie 1960.\*)**

Wer sich Bilder von VW-Käfern mit Brezelfenstern auf leeren Autobahnen vor Augen führt, dem dürfte nach einem Anflug von Nostalgie schnell auch etwas anderes klar sein: Heute geht es uns in puncto Wohlstand deutlich besser als vor

50 Jahren. Zwar hört man immer mal wieder vor allem ältere Zeitgenossen schwärmen, dass früher die Preise viel niedriger waren und die Brötchen weniger als einen Groschen kosteten – und tatsächlich haben sich die Verbraucherpreise seit 1960 fast vervierfacht.

Aber auch unser Einkommen ist in diesem Zeitraum gestiegen. Die Verdienste kletterten trotz höherer Steuern und Sozialabgaben nämlich deutlich schneller nach oben als das Preisniveau. Teilt man das Nettojahresgehalt einschließlich aller Sonderzahlungen durch die tatsächlich geleistete Arbeitszeit, kommt man heute auf ein durchschnittliches Nettoentgelt in den alten Bundesländern von 14,05 Euro pro Stunde; im Jahr 1960 betrug der Stundenlohn 1,27 Euro, also nur ein Elftel des heutigen Niveaus.

**Unterm Strich hat sich die Kaufkraft der Nettoverdienste in den vergangenen 50 Jahren damit annähernd verdreifacht.**

Dennoch kann sich heute schon aufgrund der unterschiedlichen Gehälter der Arbeitnehmer nicht jeder Einzelne exakt dreimal so viel leisten wie 1960; hinzu kommt, dass auch die Kaufkraftentwicklung nicht für alle Produkte gleich verlaufen ist (Tabelle):

**Lebensmittel.** Für Brot und Butter müssen Verbraucher deutlich weniger arbeiten als früher: Die Kaufkraft der Netto-lohnminute hat sich bei den meisten Nahrungsmitteln rund verzehnfacht. Für ein Pfund Kaffee zum Beispiel musste man anno 1960 etwas mehr als dreieinhalb Stunden arbeiten, heute ist ein Paket des Muntermachers bereits nach 19 Minuten erwirtschaftet.

Nur beim Kabeljau ist alles anders. Bis 1970 war dies eine der am weitesten verbreiteten Fischarten; vor 50 Jahren muss-

te man für ein Kilo Kabeljau umgerechnet 56 Minuten arbeiten, nur fünf Minuten länger als für zehn Eier. Heute ist der Meeresfisch derart knapp, dass er fast schon Delikatessenpreise erzielt – um ein Kilo Kabeljau zu erstehen, sind eine Stunde und sechs Minuten Arbeitseinsatz erforderlich. Dagegen sind zehn Eier heute im Schnitt bereits nach acht Minuten erarbeitet.

**Gebrauchsgüter und Energie.** Ob Kleider, Anzüge oder Pumps: Modereaks haben es gut, denn die Kaufkraft für Bekleidung und Schuhe ist überdurchschnittlich gestiegen – vor allem seit der deutschen Einheit. So kann man sich heute von seinem Nettostundenlohn rund ein Drittel mehr zum Anziehen kaufen als 1991. Gegenüber 1960 hat sich die Kaufkraft für Herrenanzüge und Damenkleider sogar vervierfacht.

Auch bei Energiegütern gibt es deutliche Kaufkraftgewinne. Während Verbraucher für einen Liter Normalbenzin 1960 noch fast eine Viertelstunde zu arbeiten hatten, reichen heute bereits fünf Minuten.

Noch größer ist das Gefälle bei Geräten der Unterhaltungselektronik. Vor 50 Jahren mussten die Westdeutschen für einen einfachen Schwarz-Weiß-Fernseher rund 350 Stunden arbeiten gehen, heute sind es gerade mal 13 Stunden – allerdings bekommen sie dafür auch nur ein Röhrengerät, das in den Regalen der heimischen Elektronikmärkte inzwischen schon ein Schattendasein fristet. Doch selbst einen Flachbild-Fernseher gibt es heute für ein Zehntel des damaligen Arbeitseinsatzes.

**Medien und Dienstleistungen.** Ob Tageszeitung oder Friseurbesuch: Für beides muss man heutzutage in etwa so viel Arbeitszeit investieren wie vor 50 Jahren. Kein Wunder: Denn Dienstleister wollen auch am allgemeinen Verdiensts zuwachs teilhaben, können ihre Arbeit aber nun mal oft nicht deutlich schneller erledigen als anno dazumal.

## Kaufkraft: Darf's ein bisschen mehr sein?

So lange musste ein westdeutscher Arbeitnehmer im Schnitt für ... arbeiten, in Stunden

		1960	2009
<b>Lebensmittel</b>			
Mischbrot	1kg	0:20	0:11
Markenbutter	250 g	0:39	0:04
Vollmilch	1l	0:11	0:03
Eier	10 Stück	0:51	0:08
Schweinekotelett	1kg	2:37	0:32
Kabeljau	1kg	0:56	1:06
Speisekartoffeln	2,5 kg	0:17	0:11
Bohnenkaffee	500 g	3:33	0:19
<b>Bekleidung, Energie, Gebrauchsgüter</b>			
Herrenanzug	1 Stück	68:00	17:00
Damenkleid	1 Stück	26:28	6:35
Damenpumps	1 Paar	14:29	5:31
Haushaltsstrom und Grundgebühr	200 kWh	10:07	3:29
Normalbenzin	1l	0:14	0:05
Kleiderschrank	1 Stück	70:49	38:24
Waschmaschine	1 Stück	224:30	32:04
Fernseher	1 Stück	351:38	13:23
Auto	1 Stück	1.524:48	1.174:23
<b>Medien, Dienstleistungen</b>			
Tageszeitung	1 Monat	1:41	1:41
Briefporto (Standardbrief)	1 Stück	0:05	0:02
Herrenschuhe besohlen	1 Paar	4:06	1:36
Haare waschen und föhnen für Damen	1-mal	1:28	1:12
Kinobesuch	1 Karte	0:38	0:28

Basis: durchschnittliches Nettoentgelt je geleistete Arbeitsstunde: 1960 = 1,27 Euro, 2009 = 14,05 Euro (Schätzung); Auto: 1960 VW Käfer, 2009 VW Golf – jeweils günstigstes Modell  
 Ursprungsdaten: IAB, Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

© 2010 IW Medien - iwd 20

\*) Christoph Schröder: Wohlstand in Deutschland, IW-Dossier Nr. 2/2010. www.iwkoeln.de

## Absolventen: Meist schon recht reif

Auch wenn Bildungspolitiker seit langem daran arbeiten, das Durchschnittsalter der Absolventen zu senken, starten die meisten Jugendlichen nach wie vor recht spät ins Berufsleben: Abiturienten sind im Schnitt schon 20 Jahre alt, Ausbildungsanfänger zählen 19,5 Jahre. Nur die Hochschulabsolventen werden dank der Bologna-Reform langsam jünger.

**Schule.** Seit vielen Jahren liegt das Durchschnittsalter der Jugendlichen, die mit der allgemeinen Hochschulreife die Schule verlassen, bei gut 20 Jahren. In der Regel haben die Mädchen ihren Abschluss etwas früher in der Tasche als die männlichen Abiturienten. Die Verkürzung der gymnasialen Schulzeit auf zwölf Jahre wird sich im durchschnittlichen Absolventenalter erst nach 2012 bemerkbar machen.

**Berufsausbildung.** Auszubildende starten zunehmend später in die Lehre: Im Jahr 2008 zählten sie bei Ausbildungsbeginn im Schnitt 19,5 Jahre, 1993 waren sie noch exakt ein Jahr jünger. Am ältesten sind derzeit die Mediengestalter für Digital- und Printmedien, die ihre Ausbildung mit durchschnittlich 22,7 Jahren beginnen. Die jüngsten Azubis gibt es im Karosserie- und Fahrzeugbau. Bei den meistbesetzten Ausbildungsberufen sind die angehenden Maschinenbauer am jüngsten und die Groß- und Einzelhandelskauffeute, die mit gut 20 Jahren ihre Ausbildung aufnehmen, am ältesten.

**Hochschule.** Dank Bologna werden Deutschlands Uni- und FH-Absolventen von Jahr zu Jahr ein wenig jünger. Lag das Durchschnittsalter der Erstabsolventen 2003 bei 27,9 Jahren, so verlassen die frischgebackenen Akademiker heute im Schnitt mit 27,5 Jahren die Hochschulen. Bachelors sind mit 25,8 Jahren noch jünger. Weniger effektiv wirkt Bologna bei einem angeschlossenen Masterstudium: Mit 28,1 Jahren sind die Master sogar älter als traditionelle Absolventen, die durchschnittlich mit 27,8 Jahren ihr Diplom oder Staatsexamen erhalten.



## Bildung & Ausbildung

### Abitur: Im Schnitt mit 20 Jahren

Alter der Schulabsolventen mit allgemeiner Hochschulreife im Jahr 2008, in Prozent

	Männer	Frauen
18 Jahre und jünger	6,7	7,9
19 Jahre	37,3	42,5
20 Jahre	41,3	39,3
21 Jahre	10,4	6,9
22 Jahre	1,7	1,1
23 Jahre und älter	2,5	2,2
<b>Absolventen</b>	<b>117.032</b>	<b>149.199</b>

Durchschnittsalter  
Männer 20,2  
Frauen 20,0

Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

### Ausbildung: Frühstarter und Spätzügler

Durchschnittsalter der Auszubildenden bei Abschluss des Ausbildungsvertrags

	Durchschnittsalter in Jahren	So viel Prozent der Ausbildungsanfänger im Jahr 2008 waren		
		jünger als 18 Jahre	18 bis 20 Jahre	21 Jahre und älter
Maschinenbauberufe	18,5	49,4	38,1	12,5
Elektroberufe	18,9	43,3	39,5	17,3
Verkaufspersonal	19,3	27,9	51,4	20,7
Hotel- und Gaststättenberufe	19,8	21,3	51,7	27,0
Büroberufe	19,9	21,4	50,3	28,3
Bank-, Versicherungskauffeute	20,0	16,7	56,6	26,7
Groß- und Einzelhandelskauffeute	20,1	17,8	49,7	32,5
<b>Insgesamt</b>	<b>19,5</b>	<b>29,4</b>	<b>46,7</b>	<b>23,9</b>

Insgesamt: alle rund 340 Ausbildungsberufe  
Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

### Hochschule: Verjüngungskur Bachelor

Durchschnittsalter der Erstabsolventen im Prüfungsjahr 2008

	Bachelor	Master	Diplom, Staatsexamen u.a.
Sport	25,1	25,5	27,4
Mathematik, Naturwissenschaften	25,2	27,2	27,2
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	25,2	27,9	27,4
Kunst, Kunstwissenschaften	25,6	31,1	28,2
Sprach- und Kulturwissenschaften	25,7	27,1	28,0
Ingenieurwissenschaften	25,8	28,3	27,5
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	26,1	28,8	27,7
Humanmedizin, Gesundheitswissenschaften	29,3	34,1	28,9
Veterinärmedizin	-	-	27,5
<b>Insgesamt</b>	<b>25,8</b>	<b>28,1</b>	<b>27,8</b>
<b>Absolventen</b>	<b>39.335</b>	<b>5.584</b>	<b>215.579</b>

Ursprungsdaten: Hochschulrektorenkonferenz, Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

## Konjunktur

# Wachstumskräfte gewinnen die Oberhand

**Kaum hat die deutsche Wirtschaft die tiefe Rezession des vergangenen Jahres überwunden, da malen einige Beobachter angesichts der Turbulenzen in der Europäischen Währungsunion schon den nächsten Krisenteufel an die Wand. Da aber in vielen Regionen der Welt die Zeichen wieder auf Aufschwung stehen, sieht das Institut der deutschen Wirtschaft Köln auch die Konjunktur hierzulande auf Erholungskurs. Im Jahr 2010 wird das Bruttoinlandsprodukt demnach um 1<sup>3</sup>/<sub>4</sub> Prozent wachsen, 2011 sogar um gut 2 Prozent.\*)**

Die Sorgen um den Euro haben in letzter Zeit die Schlagzeilen dominiert. Trotz der internationalen Unterstützungskaktionen birgt die Haushaltskrise einiger Eurostaaten weiterhin Risiken für die Finanzmärkte – und damit auch für die deutsche Wirtschaft. Zudem steht hierzulande ebenfalls eine Konsolidierung der Staatsfinanzen an, die den wirtschaftspolitischen Spielraum einschränkt.

Dennoch sind die Konjunkturaussichten insgesamt recht positiv, wie die Frühjahrsprognose des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) zeigt. Vor allem profitieren die für den globalen Wettbewerb gut aufgestellten deutschen Unternehmen von der wieder größten Dynamik in den aufstrebenden Volkswirtschaften, aber auch in den USA. Die globale Wirtschaftsleistung wird 2010 und 2011 jeweils um 4 Prozent steigen – und Deutschland wächst mit (Tableau):

**In diesem Jahr legt das deutsche Bruttoinlandsprodukt voraussichtlich um 1<sup>3</sup>/<sub>4</sub> Prozent zu. Für 2011 ist ein Plus von gut 2 Prozent zu erwarten.**

Diese Einschätzung wird auch von der aktuellen IW-Konjunkturumfrage gestützt, an der im April und Mai 2010 mehr als 2.000 Unternehmen in West- und Ostdeutschland teilgenommen haben. Die Prognose- und Umfrageergebnisse im Einzelnen:

• **Produktion.** Der wirtschaftliche Aufwärtstrend ist für die Unternehmen längst mehr als nur

eine Hoffnung. So sagen 38 Prozent der Betriebe, ihre Geschäftssituation sei besser als im Frühjahr 2009 – nur noch ein Viertel berichtet von einer schlechteren Lage. Und auch die Perspektiven für die weitere Entwicklung haben sich aufgehellt (Grafik Seite 5):

**Derzeit gehen 47 Prozent der Unternehmen in Deutschland für 2010 von einer höheren Produktion aus als 2009 – nur 18 Prozent rechnen mit einem Rückgang.**

Im vergangenen Herbst hatte das Verhältnis von Optimisten zu Pessimisten noch 34 zu 21 Prozent betragen.

Am zuversichtlichsten von allen Wirtschaftsbereichen zeigt sich die Industrie. Dort erwarten 55 Prozent der Betriebe ein Produktionsplus – verglichen mit gut 40 Prozent im vergangenen Herbst. Und nur noch 15 Prozent müssen ihre Fertigung in diesem Jahr voraussichtlich zurückschicken – vor sechs Monaten hatten mehr als 20 Prozent der Unternehmen diese Befürchtung geäußert.

• **Außenhandel.** Auf dem Weg zurück zu alter Stärke – so präsentiert sich der deutsche Exportsektor. Ihm kommt unter anderem zugute, dass der reale Welthandel 2010 um 8 Prozent expandieren wird, vor allem die Schwellen- und Entwicklungsländer wieder verstärkt Investitionsgüter nachfragen und sich die Lohnstückkosten hierzulande moderater entwickeln als zuletzt.

Entsprechend gehen 36 Prozent der Betriebe für 2010 von steigenden Exporten aus; nur noch knapp 14 Prozent haben ein schlechteres Auslandsgeschäft als 2009 auf der Rechnung. Im für Deutschland besonders wichtigen Investitionsgütersektor erwartet sogar mehr als die Hälfte der Firmen eine Zunahme der Ausfuhren; lediglich ein Sechstel hält ein Minus für wahrscheinlich.

**Insgesamt werden die preisbereinigten Waren- und Dienstleistungsexporte 2010 den Vorjahreswert um 7<sup>1</sup>/<sub>4</sub> Prozent überschreiten; im kommenden Jahr dürfte der Zuwachs 6 Prozent betragen.**

Zwar kauft die deutsche Wirtschaft auch wieder mehr im Ausland ein; dennoch steuert der Außenhandel 2010 und 2011 jeweils etwa die Hälfte zum Wirtschaftswachstum in Deutschland bei.

## IW-Prognose für 2010 und 2011

Deutschland, Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent

	2009	2010	2011
<b>Entstehung des realen Bruttoinlandsprodukts</b>			
Erwerbstätige	-0,0	-0	-0
Arbeitslosenquote	8,2	7 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	7 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>
Arbeitsvolumen	-2,8	½	¼
Produktivität	-2,2	1¼	1¾
Bruttoinlandsprodukt	-5,0	1¾	2
<b>Verwendung des realen Bruttoinlandsprodukts</b>			
Private Konsumausgaben	0,2	-½	½
Konsumausgaben des Staates	3,0	2	1
Anlageinvestitionen	-8,9	1½	3
– Ausrüstungen	-20,5	3	8
– Sonstige Anlagen	4,9	5	4
– Bauten	-0,8	½	-¼
Inlandsnachfrage	-2,1	1	1¼
– Export	-14,2	7¼	6
– Import	-8,9	6	4¾
<b>Preisentwicklung</b>			
Verbraucherpreise	0,4	1	1
<b>Staatshaushalt</b>			
Finanzierungssaldo	-3,3	-5	-4

Stand: Mai 2010; Arbeitslosenquote: registrierte Arbeitslose in Prozent der Erwerbspersonen; Produktivität: reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde; Finanzierungssaldo: in Prozent des Bruttoinlandsprodukts

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

\*) Vgl. Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW-Forschungsgruppe Konjunktur): Gewohnte Wachstumskräfte gewinnen die Oberhand, in: IW-Trends 2/2010



• **Investitionen.** Auch wenn die Unternehmen ihre Produktion ausweiten – die Kapazitäten sind noch längst nicht wieder ausgelastet. Dies und die nach wie vor spürbare Unsicherheit, wie robust der Aufschwung ist, lassen viele Betriebe noch zögern, mehr Geld in neue Maschinen und Anlagen zu stecken:

**Zwar stehen bei gut 28 Prozent der vom IW Köln befragten Firmen in diesem Jahr höhere Investitionsausgaben auf der Planung als 2009. Allerdings gehen mit 26 Prozent fast ebenso viele von einem geringeren Budget aus.**

Dennoch ist das tiefe Krisental auch bei den Investitionen durchschritten – im vorigen Herbst lag der Anteil der Betriebe mit negativen Investitionserwartungen noch um knapp 7 Prozentpunkte über dem der optimistischen Unternehmen. Im Frühjahr 2009 hatte der Abstand sogar fast 46 Punkte betragen (Grafik).

Vor diesem Hintergrund ist es bereits ein Erfolg, dass die realen Ausrüstungsinvestitionen 2010 in der gesamten Wirtschaft um 3 Prozent wachsen. Im Jahr 2011 werden die Unternehmen ihren Maschinenpark auch wieder stärker modernisieren – dann steht sogar ein Investitionsplus von 8 Prozent in Aussicht. Die Bauinvestitionen treten hingegen vorerst mehr oder weniger auf der Stelle – nicht zuletzt, weil der Bau von Straßen, öffentlichen Gebäuden etc. das Auslaufen der staatlichen Konjunkturprogramme zu spüren bekommt.

• **Arbeitsmarkt.** Trotz der Rezession ist der befürchtete Stellen-Kahlschlag ausgeblieben. Inzwischen greifen sogar immer weniger Unternehmen auf die Kurzarbeit zurück. Auch in diesem Jahr droht keine Entlassungswelle. Laut IW-

Frühjahrsumfrage meint lediglich jede fünfte Firma, Personal abbauen zu müssen – ebenso viele planen jedoch, zusätzliche Mitarbeiter einzustellen.

Die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland 2010 dürfte damit im Schnitt nur leicht sinken – und auch der Anstieg der Arbeitslosigkeit hält sich in engen Grenzen. Dieses Jahr wird nicht einmal die Marke von 3,4 Millionen Arbeitslosen überschritten.

**Im Jahr 2011 wird die Zahl der Jobsucher dann auf etwas mehr als 3,4 Millionen anwachsen – das bedeutet im Jahresdurchschnitt eine Quote von 73/4 Prozent.**

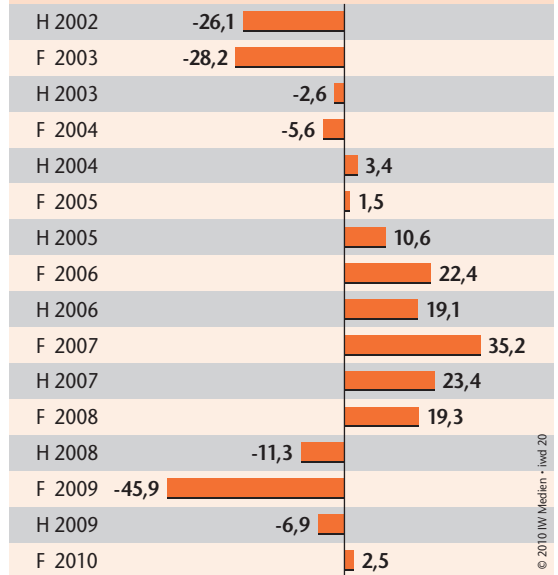
Ab Sommer 2011 sorgt die schwungvollere Konjunktur jedoch für einen Rückgang der Erwerbslosigkeit.

Unterm Strich hat die Wirtschaftskrise so nur rund 150.000 Arbeitsplätze gekostet. Zum Vergleich: Während der konjunkturell schwachen Jahre 2001 bis 2005 gingen hierzulande mehr als dreimal so viele Stellen verloren.

• **Privater Konsum.** Trotz der relativ günstigen Arbeitsmarktprognose haben die privaten Haushalte vorerst kaum Spielraum, ihren realen Verbrauch zu steigern. In diesem Jahr können selbst die staatlichen Stützungsmaßnahmen – etwa die niedrigeren Einkommenssteuersätze und das höhere Kindergeld – nicht verhindern, dass der private Konsum um etwa ein halbes Prozent unter den Vorjahreswert fällt. Im Jahr 2011

## Konjunktur: Investitionskrise überwunden

Saldo aus positiven und negativen Investitionserwartungen der Unternehmen in Deutschland in Prozentpunkten  
Frühjahrsumfrage (F): Erwartungen für das laufende Jahr  
Herbstumfrage (H): Erwartungen für das folgende Jahr



Quelle: IW-Befragungen

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2010 IW Medien - iwd 20

reicht es immerhin wieder zu einem Anstieg in ähnlicher Größenordnung.

• **Staatsfinanzen.** Die jüngste Wirtschaftskrise reißt ein tiefes Loch in den staatlichen Haushalt – das Defizit beläuft sich voraussichtlich auf gut 120 Milliarden Euro bzw. knapp 5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Der Grund: Während die Steuereinnahmen vor allem wegen des noch verhaltenen Aufschwungs zurückgehen, treiben die Konjunkturprogramme die Ausgaben in die Höhe. Erst 2011 sinkt der Fehlbetrag im öffentlichen Budget auf 4 Prozent der Wirtschaftsleistung, bleibt aber in absoluten Zahlen mit nahezu 110 Milliarden Euro sehr hoch.

## Konjunktur: Unternehmen zeigen Zuversicht

So viel Prozent der Unternehmen erwarten für das Jahr 2010 eine ■ Abnahme ■ Zunahme von ...

	Westdeutschland	Ostdeutschland	Insgesamt
Produktion	16,6 <span style="color: orange;">■</span> 48,5	24,9 <span style="color: orange;">■</span> 38,7	17,9 <span style="color: orange;">■</span> 47,0
Export	13,1 <span style="color: orange;">■</span> 37,2	15,6 <span style="color: orange;">■</span> 27,1	13,5 <span style="color: orange;">■</span> 35,9
Erträgen	29,4 <span style="color: orange;">■</span> 36,6	35,4 <span style="color: orange;">■</span> 26,9	30,2 <span style="color: orange;">■</span> 35,1
Investitionen	24,9 <span style="color: orange;">■</span> 29,2	31,0 <span style="color: orange;">■</span> 23,7	25,9 <span style="color: orange;">■</span> 28,4
Beschäftigung	19,7 <span style="color: orange;">■</span> 21,8	22,8 <span style="color: orange;">■</span> 15,7	20,1 <span style="color: orange;">■</span> 20,9

Rest zu 100: gleichbleibend

Quelle: IW-Befragung von 1.515 Unternehmen in Westdeutschland und 518 Unternehmen in Ostdeutschland im April/Mai 2010

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2010 IW Medien - iwd 20

## Max-Weber-Preis 2010



Zum neunten Mal hat das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) gemeinsam mit dem Kuratorium und dem Stifter Klaus Tesch herausragende Forschungsergebnisse auf dem Gebiet der Wirtschaftsethik ausgezeichnet. Der Max-Weber-Preis für Wirtschaftsethik 2010 wurde am 18. Mai in der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften verliehen. Die Festrede hielt Bundestagspräsident Norbert Lammert.

In diesem Jahr wurde der Wissenschaftspreis erstmals geteilt. Er ging an zwei junge Wissenschaftler, die für ihre Antworten auf die Frage „Mehr Moral durch mehr Markt oder mehr Staat?“ ausgezeichnet wurden.

Der erste Preisträger, Markus Beckmann, Juniorprofessor für Social Entrepreneurship im Centre for Sustainability Management (CSM) an der Leuphana Universität Lüneburg, erhielt den mit 4.000 Euro dotierten Preis für seine Doktorarbeit. Darin verbindet er komplexe Theoriestränge miteinander und zeigt, wie Unternehmen gesellschaftliche Verantwortung im Rahmen der Ordnungsethik übernehmen können.

Der zweite Preisträger, Nick Lin-Hi, Juniorprofessor für Corporate Social Responsibility an der Universität Mannheim, gibt in seinem Buch „Theorie der Unternehmensverantwortung – Die Verknüpfung von Gewinnerzielung und gesellschaftlichem Interesse“ wertvolle Empfehlungen für einen sinnvollen Umgang mit dem Begriff Unternehmensverantwortung. Er betont, dass die gesellschaftliche Verantwortung der Wirtschaft nicht grenzenlos sein kann. Seine ebenfalls mit 4.000 Euro ausgezeichnete Doktorarbeit bietet damit eine kompakte Übersicht und innovative Analyse zum aktuellen Themenkomplex „Corporate Social Responsibility“ und liefert klare Orientierungspunkte sowohl für die Gesellschaft als auch für Manager.

Der mit 1.500 Euro dotierte Ausbildungspreis ging in diesem Jahr an Eva Maria Lucke (Jahrgang 1983) für ihren Aufsatz zum Thema „Corruption as Business Practice or joint force against it?“. Die Preisträgerin zeigt, dass und wie Korruption systematisch bekämpft werden kann.

Weitere Informationen:  
Dr. Dominik Enste  
Telefon: 0221 4981-730  
E-Mail: [enste@iwkoeln.de](mailto:enste@iwkoeln.de)  
[www.max-weber-preis.de](http://www.max-weber-preis.de)

## Integration

# Gewinn für alle Beteiligten

**Migranten in Deutschland haben ein deutlich geringeres Bildungsniveau als Nichtmigranten und sind häufiger arbeitslos. Auch ihre Kinder schneiden in der Schule meist schlechter ab. Gelänge es, die Unterschiede zur Bevölkerung ohne Migrationshintergrund zumindest zu halbieren, so würde nicht nur der Staat von steigenden Steuern und sinkenden Sozialausgaben profitieren – auch die Wirtschaft würde angekurbelt.\*)**

Ob Bildung, Job oder Karrierechancen – Migranten haben bei all diesen Themen im Vergleich zu Bundesbürgern ohne ausländische Wurzeln Nachholbedarf. Im Jahr 2007 hatten 38 Prozent der 25- bis 64-jährigen Migranten keine abgeschlossene Berufsausbildung, von der gleichaltrigen Bevölkerung ohne Migrationshintergrund waren es lediglich 11 Prozent (Grafik).

Diese Probleme zeichnen sich bereits im Kindesalter ab. So schnitten im PISA-Test 2006 rund 40 Prozent der in Deutschland geborenen 15-jährigen Migrantenschüler schlecht ab. Somit müsste die Politik früh ansetzen, will sie die Qualifikation der erwachsenen Migranten verbessern.

Doch selbst bei gleicher formaler Qualifikation ergeben sich erhebliche Unterschiede hinsichtlich des Erfolgs am Arbeitsmarkt. Unter den geringqualifizierten Migranten betrug die Arbeitslosenquote zuletzt 19,3 Prozent, unter den Nichtmigranten mit gleichem Bildungsniveau 15,3 Prozent.

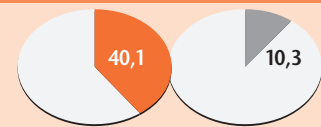
**Noch deutlicher sind die Differenzen bei den Hochqualifizierten. Hier lag die Arbeitslosenquote der Migranten 2007 bei 9,8 Prozent, unter den Nichtmigranten herrschte mit einer Arbeitslosenquote von 3 Prozent fast Vollbeschäftigung.**

Akademiker mit ausländischen Wurzeln werden zudem oft schlechter bezahlt als ihre einheimischen Kollegen, wenn sie ihr Studium im Ausland abgeschlossen haben. Tragen dagegen all ihre Bildungsabschlüsse den Stempel „made in

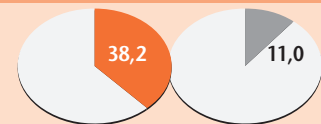
Germany“, gibt es keine Lohn- und Gehaltsunterschiede. Ein Grund dafür ist das international vergleichsweise hohe Niveau deutscher Hochschulabschlüsse,

## Migranten: Viele Bildungslücken

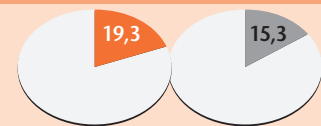
▲ ... mit Migrationshintergrund  
■ ... ohne Migrationshintergrund



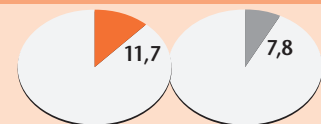
So viel Prozent der 15-jährigen ... waren PISA-Risikoschüler



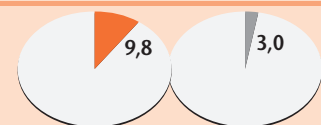
So viel Prozent der 25- bis 64-jährigen ... hatten 2007 keine abgeschlossene Berufsausbildung



So viel Prozent der Erwerbspersonen ... und ohne abgeschlossene Berufsausbildung waren 2007 arbeitslos



So viel Prozent der Erwerbspersonen ... und mit abgeschlossener Berufsausbildung waren 2007 arbeitslos



So viel Prozent der Erwerbspersonen ... und mit abgeschlossenem Studium oder Meister-/Technikerausbildung waren 2007 arbeitslos

PISA-Risikoschüler: haben im PISA-Test 2006 nur die unterste Stufe erreicht, Migranten der 2. Generation; Erwerbspersonen: 25- bis 64-jährige; Ursprungsdaten: OECD, Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

\*) Vgl. Christina Anger, Vera Erdmann, Axel Plünnecke, Ilona Riesen: Integrationsrendite – Volkswirtschaftliche Effekte einer besseren Integration von Migranten, Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie, Download unter: [www.iwkoeln.de](http://www.iwkoeln.de)

welches sich beim Arbeitsentgelt entsprechend auszahlt.

Ein Problem besteht allerdings immer noch in der mangelnden einheitlichen Anerkennung von ausländischen Abschlüssen, egal ob Universitätszertifikat oder Ausbildungszeugnis (vgl. iwd 16/2010). Nur wenige Zuwanderergruppen können sich bisher an zuständige Stellen wenden, die sich um die formale Bewertung von Qualifikationen und Abschlüssen kümmern. Gerade angesichts des Fachkräftemangels hierzulande besteht auf diesem Gebiet großer Nachholbedarf.

Aus ökonomischer Sicht hätte eine bessere Integration große Vorteile. Die Logik dahinter: Wer gut ausgebildet ist, findet besser einen Job, hat höhere Karrierechancen und ein geringeres Armutsrisiko. Davon profitiert die gesamte Volkswirtschaft.

Würden also die Unterschiede zwischen Migranten und Nichtmigranten bei formalen Bildungsabschlüssen, Arbeitslosenquoten und Kompetenzen der Schüler in den kommenden Jahren zumindest halbiert, so hätte dies erhebliche Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum, wie das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) berechnet hat. In den kommenden Jahrzehnten würde die jährliche Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 0,1 Prozentpunkt höher sein. Die jährlichen Steuereinnahmen des Staates nähmen ebenfalls deutlich zu:

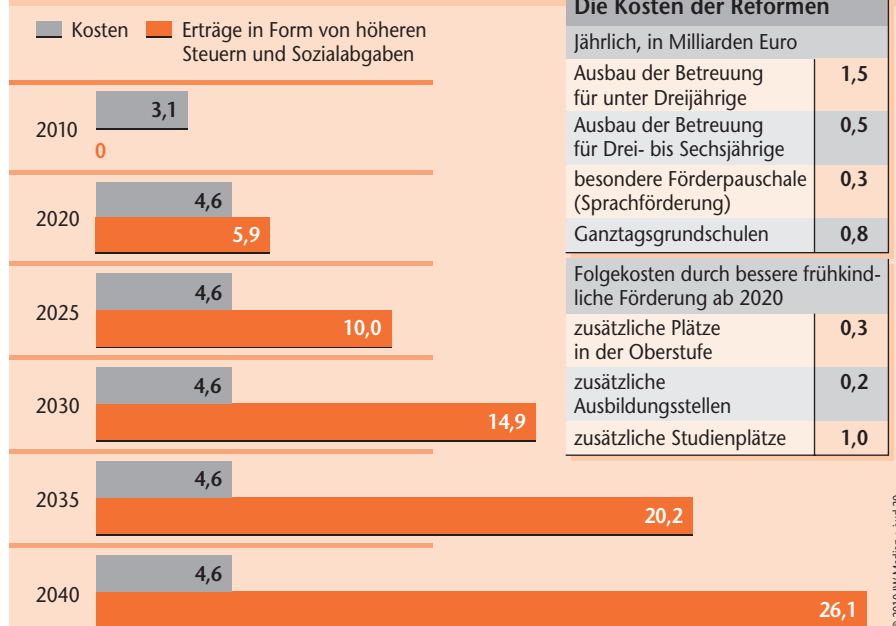
**Im Jahr 2020 würden die jährlichen Zusatzeinnahmen bereits 5,9 Milliarden Euro betragen, 2030 knapp 15 Milliarden Euro und 2040 bereits gut 26 Milliarden Euro.**

Für diese Summen muss der Staat aber auch etwas tun und in bessere Rahmenbedingungen im Bildungssystem investieren. Kurz- bis mittelfristigen Erfolg versprechen Maßnahmen wie Einstiegsqualifizierungen für Jugendliche und andere Hilfen für Migranten beim Übergang ins berufliche Bildungssystem. Diese Investitionen bekäme der Staat je nach Effizienz der Maßnahme mit einer Verzinsung zwischen 6 und 9 Prozent zurück – in Form von höheren Steuern und niedrigeren Sozialausgaben.

Noch dringender sind allerdings langfristige Verbesserungen im Bildungssys-

## Migranten: Integration lohnt sich

So hoch wären die Kosten und Erträge für den Staat im jeweiligen Jahr, wenn die Unterschiede zwischen Migranten und Nicht-Migranten bei Bildungsabschlüssen und Arbeitslosenquote durch Reformen bis zum Jahr 2050 halbiert würden, in Milliarden Euro



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

© 2010 IW Medien · iwd 20

tem. Viele Kinder von Migranten haben häufiger als ihre Klassenkameraden ohne Zuwanderungshintergrund Probleme in der Schule – und wenig Hilfe daheim, wenn die Eltern selbst keine gute Schulbildung haben und kaum Bücher oder PCs zum Lernen zur Verfügung stehen. Außerdem besuchen Migranten seltener und kürzer einen Kindergarten.

Die Politik muss daher einige Aufgaben erledigen: die Betreuung für die Kleinsten ausbauen, die Schüler sechs Jahre lang auf der Grundschule lassen und dann auf weniger Schulformen verteilen, mehr Ganztagschulen schaffen und eine größere Schulautonomie ermöglichen. Ferner sollten Lehrer zielorientiert vergütet werden und sich besser fortbilden, damit sie die Kinder effektiver fördern können.

Im Detail sehen die nötigen Reformen so aus: Mindestens 35 Prozent der Kinder unter drei Jahren mit Migrationshintergrund sollten in Krippen betreut werden. Ab einem Alter von drei Jahren sollte jedes Kind eine Kindertagesstätte besuchen. Weitere Investitionen wären notwendig, um die Kinder der Migranten individuell zu fördern – etwa bei der Sprachentwicklung. Insgesamt dürfte dieser Ausbau der frühkindlichen Förde-

rung den Staat jährlich 3,1 Milliarden Euro zusätzlich kosten.

Greifen die Maßnahmen, müssten künftig auch mehr Plätze in der Oberstufe, in der beruflichen Ausbildung und an den Hochschulen geschaffen werden, um die groß gewordenen klugen Kleinen weiterzuqualifizieren. Dies kostet den Staat noch einmal rund 1,5 Milliarden Euro jährlich.

Diese Reformen tragen Früchte: Stellt man den Kosten die Erträge der langfristig wirksamen Maßnahmen zur Verbesserung der Integration von Migranten gegenüber, so ergibt sich für die öffentliche Hand eine hohe Rendite von 12 Prozent.

**Abzüglich aller Kosten der öffentlichen Hand ergibt sich bei einem Planungshorizont bis 2050 ein Ertrag in Höhe von 164 Milliarden Euro, wenn die Qualifikationsunterschiede zwischen Migranten und Nichtmigranten halbiert werden.**

Anders ausgedrückt: Durch ein höheres Wirtschaftswachstum und steigende Steuereinnahmen kann die öffentliche Hand die zusätzlichen Ausgaben für eine bessere Integration finanzieren und hat dann immer noch 164 Milliarden Euro zur Verfügung – etwa für den Schuldenabbau.

## Katastrophenanleihen

## Mit Wertpapieren gegen Milliarden Schäden

Mit dem relativ neuen Finanzmarktinstrument der Katastrophenanleihe lassen sich finanzielle Schäden nach Naturkatastrophen wie einem schweren Erdbeben besser regulieren und deshalb im Vorfeld besser versichern. Die sogenannten Cat(atastrophe) Bonds sind sogar relativ ungeschoren durch die Finanzkrise gekommen.

Wie fast jeder Bürger versichern sich auch viele Unternehmen gegen Schadensfälle. Dabei geht es jedoch weniger um kleinere Unglücke, denn deren finanzielle Risiken sind überschaubar. Wenn aber eine dicht besiedelte und wohlhabende Region von einer Naturkatastrophe heimgesucht wird, dann summieren sich die Schäden schnell auf etliche Milliarden.

Der bisher größte Versicherungsfall richtete trat im August 2005 mit dem Hurrikan „Katrina“ vor der Golfküste der USA ein: Für die Schadensregulierung mussten die Versicherungsgesellschaften mehr als 71 Milliarden Dollar aufwenden.

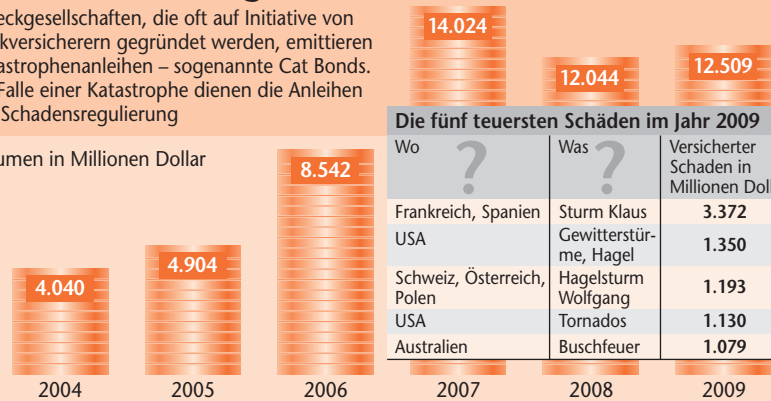
**In Europa verursachte das Orkantief „Klaus“ im Januar 2009 Schäden von über 3 Milliarden Dollar.**

Zerstörte Häuser, unterspülte Straßen, abgerissene Stromleitungen – die Liste der Sachschäden nach Naturkatastrophen ist lang, doch längst nicht alle sind versichert. So waren 2009 nur 40 Prozent der weltweiten Katastrophenschäden von

### Katastrophenanleihen: Rückversicherung der Rückversicherer

Zweckgesellschaften, die oft auf Initiative von Rückversicherern gegründet werden, emittieren Katastrophenanleihen – sogenannte Cat Bonds. Im Falle einer Katastrophe dienen die Anleihen zur Schadensregulierung

Volumen in Millionen Dollar



Quellen: GC Securities, Swiss Re

Die fünf teuersten Schäden im Jahr 2009		
Wo	Was	Versicherter Schaden in Millionen Dollar
Frankreich, Spanien	Sturm Klaus	3.372
USA	Gewitterstürme, Hagel	1.350
Schweiz, Österreich, Polen	Hagelsturm Wolfgang	1.193
USA	Tornados	1.130
Australien	Buschfeuer	1.079

© 2010 IWD Medien · iwd 20

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

### Katastrophenanleihen

Die Initiative für die Ausgabe von Cat Bonds geht oft von einem Rückversicherer aus: Er gründet eine Zweckgesellschaft. Diese emittiert Katastrophenanleihen, die von Investoren gekauft werden. Die Zweckgesellschaft legt die Erlöse aus der Anleihe-Emission sicher an.

Die Katastrophenanleihen versprechen während ihrer Laufzeit eine feste Zinszahlung und am Ende der Laufzeit die Rückzahlung der Einlagen. Gezahlt wird jedoch nur dann, wenn die im Vertrag beschriebene

Katastrophe – etwa ein Erdbeben – nicht eingetreten ist.

Im Schadensfall werden dagegen keine Zinsen gezahlt und unter Umständen fällt sogar die Rückzahlung der Einlagen ganz oder teilweise aus. Stattdessen erhält der Versicherer Erlöse aus dem Verkauf der von der Zweckgesellschaft verwalteten Wertpapiere. Das Resultat: Die Risiken werden nicht mehr alleine vom Versicherer getragen, sondern von den Investoren, die Katastrophenanleihen gekauft haben.

insgesamt 62 Milliarden Dollar durch Versicherungen gedeckt.

Für die Versicherungsgesellschaften sind solche Risiken meist so groß, dass sie sich selbst versichern müssen – bei sogenannten Rückversicherern. Doch auch diese kapitalstarken Gesellschaften können die finanziellen Folgen extremer Katastrophen nicht ohne weiteres schultern. Deshalb nutzen die Unternehmen zunehmend den Finanzmarkt zur Refinanzierung und Schadensregulierung, indem sie sogenannte Katastrophenanleihen (Cat Bonds) emittieren (Kasten).

Während die meisten Wertpapiere in der weltweiten Finanzkrise regelrecht abgestürzt sind, haben sich die Katastro-

phenanleihen ganz gut geschlagen (Grafik). Im Jahr 2009 betrug das Volumen der Cat Bonds 12,5 Milliarden Dollar – das waren nur 1,5 Milliarden Dollar weniger als vor der Krise.

Laut Finanzmarktexperten spielen die Katastrophenanleihen künftig eine immer größere Rolle. Denn in einer dichter besiedelten Welt kann schon ein kleines Beben sehr große Schäden verursachen.

Für Anleger sind solche Anleihen interessant, weil ihre Renditen nicht so sehr von der Konjunktur abhängen. Sie eignen sich also trotz des nicht zu vernachlässigenden Risikos als Beimischung zum Finanzdepot. Denn Investoren sollten mehrere Eisen im Feuer haben.

Für Adressaufkleber